

Abg. Dr. Kuhlmann bewertete die Angebotsverbesserungen im Bus- und Schienennetz, die durch Lead City umgesetzt wurden, positiv, da diese von den Fahrgästen angenommen würden. Ebenso sprach er sich für die Fortführung des Mobilitätsmanagements aus. Es müsse in Berlin weiter dafür geworben werden, Zuschüsse hierfür zu erhalten.

Er stellte den Antrag, die Maßnahmen zunächst befristet für ein Jahr weiterzuführen und anschließend eine Evaluation zu den Angebotsverbesserungen durchzuführen.

Kreiskämmerin Udelhoven informierte, die Förderung des Projektes sei bis zum 30.06.2021 gesichert. Für den Zeitraum darüber hinaus stehe die Bundesstadt Bonn weiterhin in Verhandlungen.

Abg. Waldästl forderte ebenfalls, die Angebotsverbesserungen in das Regelangebot zu überführen. Er signalisierte die Zustimmung seiner Fraktion zu der Vorlage. Die Diskussion um das 365,- € Ticket werde in Zukunft erneut aufgenommen, da nicht nur Angebotsverbesserungen, sondern auch Fahrpreissenkungen für eine Steigerung der ÖPNV-Nutzung erforderlich seien.

Abg. Otter befürwortete die Fortführung der Projekte, auch vor dem Hintergrund der Klimadebatte und der Verbesserung des lokalen Klimas. Es sei ein Umbau des Verkehrs erforderlich, der mit einer Verringerung des Individualverkehrs einhergehe.

Abg. Steiner bestätigte, die Angebotsverbesserung im ÖPNV führe zu einer deutlichen Zunahme bei den Fahrgästen. Vor allem ältere Fahrgäste nutzten das Angebot mehr. Er widersprach der Aussage des Abg. Waldästl, dass der Fahrpreis entscheidend für die Nutzung des ÖPNV verantwortlich sei. Vielmehr sei es das Angebot und die Qualität, für die die Fahrgäste auch bereit seien, einen gewissen Preis zu zahlen. Der Bund müsse sich langfristig an der Förderung des Projektes beteiligen.

Abg. Skoda bat um Auskunft, ob tatsächlich nach 1 – 2 Jahren eine Evaluierung stattfinden werde.

Dr. Berbuir verwies auf den Punkt 4 des Beschlussvorschlags, der eine Evaluierung nach den coronabedingten Einschränkungen vorsehe. Weiterhin liege ein Auftrag des Planungs- und Verkehrsausschusses zur Evaluierung des Gesamtnetzes vor.

SkB Utsch erkundigte sich nach den Auswirkungen auf die Luftqualität, da das vorliegende Programm zur Verbesserung der Luftqualität in den Innenstädten aufgelegt worden sei, um Sanktionen der EU zu vermeiden.

Der Vorsitzende erklärte, die Stickoxide seien durch die Corona-Beschränkungen drastisch gesunken, anders sei dies bei der Feinstaubbelastung. Er bezweifle, dass hierzu Daten vorlägen, die die Auswirkungen hierzu beschrieben.

Dr. Berbuir bestätigte, dass ihm zu den Auswirkungen auf die Messstationen keine Daten vorlägen.

Abg. Kuhlmann stellte klar, dass die FDP die Angebotsverbesserungen durch das Projekt Lead City befürworte, jedoch die Finanzierung kritisch sehe und deshalb eine Befristung für ein Jahr fordere. Eine endgültige Entscheidung könne erst nach der Beratung der Fraktion im Kreis Ausschuss oder Kreistag erfolgen.

Der Vorsitzende ließ über den **Änderungsantrag zur Befristung der Angebotsverbesserungen für die Dauer eines Jahres** abstimmen.

abgelehnt MB ./ AfD + FDP

Anschließend fasste der Finanzausschuss folgenden Beschluss: